

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen
„Siertunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60
Einzelnummer 10 S.
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. D. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S., Familien-Anzeigen 12 S.,
Reklame-Seite 45 S., Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gefellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 133

Gegründet 1826

Freitag, den 11. Juni 1926

Fernsprecher Nr. 29

100. Jahrgang

Tagespiegel

Bei der Besprechung des Fürstenterritoriums des Reichspräsidenten kam es bei einer der Reichspräsidenten schwer beleidigenden Rede des kommunistischen Abgeordneten Pöhl zu unerhörten Lärmereien.

Die kommunistischen Abgeordneten des bayerischen Landtags Schlapper und Götz, die eine Gefängnisstrafe antreten sollten, sind entflohen.

Bundesrat Motta schlug im schweizerischen Nationalrat ein Gesetz vor, das das Anwerben für die Fremdenlegion verbietet und den Schweizern den Eintritt in die Legion verbietet.

Da in der Frage der Vermehrung der Sitze des Völkerbundsrats keine Einigung in der gegenwärtigen Tagung zu erzielen ist, soll die Frage vertagt werden.

Der englische Ministerrat wird sich mit der Unterstützung des Bergarbeiterstreiks durch die Moskauer Sowjetregierung beschäftigen. Die Ausweisung der russischen Vermittler kommt in Frage.

Die Verhandlungen der Grubenbesitzer und der Arbeitervertreter sind gescheitert. Die Arbeitervertreter erklären, daß die Arbeit nur unter den bisherigen Bedingungen aufgenommen werde. Wie verlautet, soll eine Abstimmung unter den Arbeitern eingeleitet werden.

Der norwegische Streik von 10 000 Arbeitern ist durch Schiedsspruch beendet worden.

Abd el Krim soll in einem Schloßchen in Salas de Beran in den Pyrenäen untergebracht werden. — Dann ist er halb spanischer, halb französischer Gefangener, und die Spanier, die den „Empörer“ für sich beanspruchen, werden wohl damit zufrieden sein.

In der Kyzrenakia (Tripolis) hatten die Italiener einen scharfen Kampf mit den Eingeborenen zu bestehen.

In Mekka wurde ein mohammedanischer Kongress eröffnet.

Zur Befreiung des letzten Kaisers von Korea sind in Seoul 250 000 Koreaner eingetroffen. Bei der Befreiung entstanden feindliche Kundgebungen gegen die Japaner, die jetzt das Land beherrschen.

Die Marne Schlacht 1914

Der amtliche Bericht

II.

Da trat am Abend des 6. September ein völlig überraschender Umschwung der Gesamtlage ein. Ein seltener Glücksfall in Gestalt eines französischen Heeresbefehls erfüllte dem deutschen Führer noch gerade rechtzeitig die Absichten des Feindes: Dieser hatte den Rückzug angehalten und stellte sich freiwillig zu der von der deutschen Führung seit Wochen erstrebten Entscheidungsschlacht; ja, er hatte sogar auf der ganzen Front die Offensive ergriffen. Damit bot sich dem Generalstab die Gelegenheit, die entscheidende Initiative wieder an sich zu reißen und die verfahren operative Lage wieder einzurufen. Der Grundgedanke des ursprünglichen Feldzugsplans für den Zweifrontenkrieg schien sich doch noch verwirklichen zu lassen. Der 6. September konnte zum Wendepunkt des ganzen Krieges werden! Nur mußte der deutsche Generalstab sich scheinung die Leitung der großen Schlacht auf der weiten Front fest in die Hand nehmen. Das war um so dringlicher, als die eindringliche Offensive das deutsche Heer in ungünstiger Kräftegruppierung überrascht hatte. Während der deutsche rechte Flügel schon früher durch Abgaben geschwächt war, war man gerade tags zuvor auch den Abtransport von zwei Armeekorps (XV. und I. bayrisches) und einer Kavallerie-Division (7.) vom linken Heeresflügel nach Belgien angeordnet. Wenn hier nicht unverzüglich eingegriffen würde, befand die Gefahr, daß diese Korps während der Entscheidungsschlacht, wo jedes Gewehr und Geschütz von Bedeutung war, auf der Bahn rollten. Demgegenüber war bekannt, daß der Feind bereits seit Tagen eine erhebliche Umgruppierung seiner Kräfte vornahm, wie es den Anzeichen hatte, zur Stärkung seines linken Heeresflügels.

Der französische Vorstoß am Durcq in die deutsche rechte Heeresflanke hatte die noch in der Verfolgung südlich der Marne begriffene 1. Armee überrascht. Dazu kam, daß zwischen den Auffassungen der auf dem bedrohten Heeresflügel operierenden Armee-Oberkommandos 1 und 2 Unstimmigkeiten festgestellt worden waren. Gerade jetzt schien sich sowohl an der Maas und südlich Verdun als auch bei der 3. Armee, vor deren Front nur eine französische Kavallerie-Division festgestellt worden war, Möglichkeiten zu wirksamen operativen Ausbissen zu bieten. Sie zu finden und zu nutzen, bedurfte es allerdings größter Schnelligkeit und Tatkraft des Handelns. Allein in dieser schicksalsschweren Stunde erlahmte in der Seele des deutschen Generalstabes immer mehr die Kraft schöpferischen Willens. Er ließ sich von den Ereignissen mehr und mehr treiben, anstatt ihre Gestaltung selbst in die Hand zu nehmen. Der Gang der Handlung wurde der strategischen Initiative des feindlichen Führers überlassen, der sie mit Tatkraft an sich gefesselt hatte und mit Fähigkeit festhielt.

Während der fünfzigstündigen Schlacht verblieb Generaloberst v. Moltke im Großen Hauptquartier. Gleichwohl ließ ab-

Volkentscheid und Fürstenabfindungsgesetz im Reichstag

Reichskanzler Dr. Marx zur Fürstenabfindung

Berlin, 10. Juni.

210. Sitzung. Nach der Eröffnung der heutigen Reichstagsitzung, in der die erste Beratung des Regierungsentwurfs über die Fürstenabfindung begonnen wird, ergreift sofort das Wort:

Reichskanzler Dr. Marx:

Der vorliegende Entwurf entspringt dem Versuch des Reichstags, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den früher regierenden Fürstentümern durch Initiativgesetz herbeizuführen. Die Regierung hat in allen Verhandlungen die Regierungsparteien auf dem Boden des Kompromißgegenseitigkeits zusammengeführt und bei der Fassung des Entwurfs weitgehend mitgewirkt. Der Reichstag hat diesen Gesetzentwurf mit großer Mehrheit angenommen. Die Reichsregierung legt entscheidenden Wert darauf, daß auf der Grundlage des jetzt zur Beratung stehenden Gesetzentwurfs eine befriedigende Lösung der Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürstentümern gefunden wird.

Der Gesetzentwurf, der dem bevorstehenden Volkentscheid zugrunde liegt, ist nach Auffassung der Reichsregierung eine solche befriedigende Lösung. Die grundlegenden Veränderungen, die in politischer, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung in der Nachkriegszeit eingetreten sind, konnten die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstentümern nicht unberührt lassen. Nach der verfassungsmäßigen Überwindung der Revolution müssen die Grundlagen des Rechtsstaates unverändert bleiben. Zu ihnen gehören: Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und Unantastbarkeit des Privateigentums. Die im Volksbegehren verlangte entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstentümer ist unvereinbar mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates. Dem gegenüber hält die Regierungsvorlage an den verfassungsmäßigen Grundlagen fest, ohne die politischen und gesetzgeberischen Notwendigkeiten außer Acht zu lassen, die sich aus dem Wegfall der staatlichen Hoheitsstellung der Fürsten und aus der durch Weltkrieg und Inflation hervorgerufenen allgemeinen Verarmung ergeben.

Die Reichsregierung ist des weiteren auch der Auffassung, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volks den dringenden Wunsch und den Anspruch hat, daß der Reichstag eine gesetzgeberische Lösung seinerseits findet. Sie hält es deswegen für ein innerpolitisches Gebot, das Gesetz, über dessen Einzelheiten monatelang in der eingehendsten Weise beraten worden ist, nunmehr mit Beschleunigung zu verabschieden. Die Reichsregierung möchte dabei keinen Zweifel lassen, daß es durchaus irrig sein würde, anzunehmen, daß sie nach einem verneinenden Ergebnis des Volkentscheids von einer gesetzlichen Regelung Abstand nehmen könnte. Die Reichsregierung wird auch dann mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung im Geiste der Vorlage dringen und würde die ihr geboten erscheinenden Folgerungen nicht scheuen, falls sich im Reichstag endgültig die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ergeben sollte.

Abg. von Guérard (S.) gibt namens der Regierungsparteien eine Erklärung ab. Angesichts der Tatsache, daß im Land befürchtet wird, im Fall der Ablehnung des Volkentscheids werde jede reichsrechtliche Regelung scheitern, wollen die Regierungsparteien keinen Zweifel darüber lassen, daß sie den Erlaß eines die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Ländern und den Fürstentümern regelnden Gesetzes für unbedingt notwendig erachten. Sie erklären mit nachdrücklichstem Ernst, daß sie alles daran setzen werden, den vorliegenden Gesetzentwurf in allen wesentlichen Bestandteilen zur Annahme zu bringen. In ihm soll ein Gesetz geschaffen werden, das der veränderten staatsrechtlichen Stellung der Fürstentümer entspricht. Das Gesetz wird den Fürsten nur das Sachvermögen belassen, welches sie als unzweifelhaftes Privateigentum erworben haben. Den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volks und der gesamten Vermögenslage der Fürsten wird ausreichend Rechnung getragen. Den Ländern soll zugeteilt werden, worauf sie aus Gründen der Kultur oder der Volksgemeinschaft Anspruch haben. Den Fürsten wird keine bessere Aufwertung zuteil, als anderen Staatsbürgern. Andererseits werden die Fürsten auch nicht, wie es der Volkentscheid will, außerhalb der Grundrechte gestellt, auf die jeder Deutsche Anspruch hat.

Abg. Müller-Frankens (Soz.) gibt eine Erklärung ab: Der Reichspräsident sei unter Mißachtung seiner verfassungsrechtlichen Stellung veranlaßt worden, gegen den Volkentscheid Stellung zu nehmen. Er habe damit die neutrale Haltung anzuheben, die er gegenüber innerpolitischen

Streitfragen einzunehmen versprochen habe. Daran müsse man eine Verletzung der durch sein Amt gebotenen überparteilichen Haltung erblicken. Hindenburg nenne den Gesetzentwurf einen Verstoß gegen Recht und Moral. Entspräche das dem Recht und der Moral, wenn Herzog Karl Michael von Mecklenburg, der bei Ausbruch des Krieges die deutsche Staatsangehörigkeit aufgab, und sich die Anwartschaft auf die Thronfolge in Mecklenburg mit 5 Millionen abkaufen ließ, Erbanprüche stellt? Ferner verlange die montenegrinische, ehemalige mecklenburgische Prinzessin Jutta eine Entschädigung von 14 1/2 Millionen. Die Schmalzländer Ansprüche auf Entschädigung werden von dem aus England gebürtigen Herzog von Koburg-Gotha gestellt. Wilhelm II. besitze ein Millionengut in Holland und beanspruche nochmals 300 000 Morgen deutsches Land und ferner Vermögensobjekte im Wert von 183 Millionen Goldmark. Die Schamlosigkeit der Fürstenansprüche sei erwiesen. Der Reichspräsident wendet sich scharf gegen den Reichspräsidenten. Wenn der Brief des Reichspräsidenten als Privatbrief bezeichnet werde, so sei das eitel Spiegelscherei. Nicht einmal die Rechtsprelle habe gewagt, das Benehmen Löbels zu verurteilen.

Neue Erklärung des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Marx: Nach Artikel 56 der Reichsverfassung bedürfen alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten zu ihrer Gültigkeit der Gegenseitigkeit der Gegenseitigkeit. Daraus ergibt sich, daß da nur solche Kundgebungen gemeint sind, die der Reichspräsident in unmittelbarer Ausübung seiner ihm verfassungsmäßig zustehenden Staatsgewalt erläßt. (Zuruf links: Wortbrecher. Stürmische Entrüstungsrufe rechts. Die Deutschnationalen und Völkischen erheben sich von ihren Plätzen. Es entsetzt ein ungeheurer Tumult. Auf der rechten Seite laute Rufe: Verbrechergesindel, Judenlumpen! Der völkische Abg. von Ramin ruft: Kommen Sie doch her, Sie frecher Kerl! Großer Lärm und Unruhe im ganzen Haus). Persönliche Meinungsäußerungen des Reichspräsidenten wie im vorliegenden Fall enthalten keine Anordnung und Verfügung im Sinn der Verfassung und sind nicht dazu bestimmt, unmittelbar in die Staatsgeschichte einzugreifen. (Dauernder Lärm. Zwischenrufe links. Präsident Lobe erteilt eine Reihe von Ordnungsrufen.) Es ist daher festzustellen, daß die Kundgebung des Reichspräsidenten einer Gegenseitigkeit nicht bedürfte. Die Richtlinien der Politik werden nach der Verfassung vom Reichskanzler bestimmt, der die Verantwortung dafür trägt. Eine entschädigungslose Enteignung der vormals regierenden Fürstentümer hat die Reichsregierung bereits wiederholt als mit den Grundfäden eines Rechtsstaates nicht vereinbar bezeichnet. Eine Mißachtung der Verfassungsstellung des Reichspräsidenten liegt also nicht vor. (Großer Lärm links, Beifall rechts.)

Abg. Barth (Dnt.) erklärt, daß keine Fraktion der Vorlage gegenüber dieselbe Stellung einnehmen werde, wie sie schon bei den Kompromißverhandlungen im Reichsausschuß eingenommen wurde. Die entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer bedeute eine Verletzung der wichtigsten Grundlagen des Rechtsstaates und der Forderung der Sittlichkeit. Es gebühre dem Reichspräsidenten Dank dafür, daß er sich auch hier in der Abwehr gegen den Volkswillens als getreuer Eckhart des deutschen Volks bewährt habe.

Abg. Reubaur (Komm.) übt scharfe Kritik an dem Hindenburg-Brief und fordert entschädigungslose Enteignung der Fürsten. (Die Abgeordneten der Rechten verlassen den Saal.) Der Redner begründet einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler. Hindenburg habe unehrlich gehandelt. (Ordnungsruf des Präsidenten.)

Abg. von Graefe (Völkisch) lehnt die Enteignung der Fürsten ab, ebenso aber auch die Regierungsvorlage und erhebt Protest gegen die sinnlosen Vorwürfe, die gegen Hindenburg gerichtet wurden.

Abg. von Guérard (S.) gibt unter lebhafter Bewegung des Haukes eine Erklärung der Zentrumsfraktion ab, wonach die Angelegenheit des Hindenburg-Briefes durch die Erklärung des Reichskanzlers nicht erschöpft sei. Der Brief sei an sich ein politischer Akt. Der Brief wäre besser nicht geschrieben worden.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Die demokratische Reichstagsfraktion könne der Erklärung der Reichsregierung nicht in allen Punkten beitreten. Die demokratische Partei bedauert, daß man sich nicht getraut habe, den Reichspräsidenten in den Vordergrund des politischen Kampfes zu stellen.

Abg. Wallath (Wirtsch. Baa.) verwirft den Volkentscheid aus Gründen der Gerechtigkeit und der Moral. Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß. Ueber den kommunistischen Mißtrauensantrag wird am Freitag abgestimmt.

nichts, die unzureichenden Verbindungen zwischen Luxemburg und den Armeehauptquartieren des rechten Heeresflügels auszubauen.

Die Initiative der deutschen Armeeführer und kommandierenden Generale, die Tatkraft der Truppenführung bis herunter zum Zug- und Gruppenführer und die Tapferkeit der Truppe erwiesen sich von so überlegener Kraft, daß die Schlacht im

Westen an den entscheidenden Stellen mit dem Sieg der deutschen Waffen endete. Ihr Verdienst war der Sieg an der Marne, der die Möglichkeit bot, das große Ziel des deutschen Operationsgedankens trotz aller Irrungen und Wirrungen im letzten Augenblick doch noch zu erreichen. Da trat völlig unerwartet die Oberste Heeresleitung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraus und griff in verbannter Weise in die Schlacht ein.

Noch kein Ende des Hochschulstreites

Die Professoren der Hochschule verlangen die Entfernung Lessings.

Hannover, 10. Juni. Der gesamte Lehrkörper der Technischen Hochschule hat einstimmig beschlossen, an den preussischen Kultminister ein Schreiben zu richten und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die gegen die Studenten ergriffenen und weiter angekündigten Maßnahmen nicht geeignet seien, den Frieden an der Technischen Hochschule wieder herzustellen, vielmehr werde die Abwanderung der Studierenden die unvermeidliche Folge sein. Der Widerstand gegen Prof. Lessing sei so tiefgehend, daß er durch Zwangsmaßnahmen nicht überwunden werden kann. Auch die Fortschrittsfähigkeit der Hochschule müsse unter den gegenwärtigen Verhältnissen leiden, und die Entrüstung teile Kreise, die die Hochschularbeit bisher aufs wirksamste gefördert haben. Die Lehrtätigkeit des Herrn Lessing verdiene keine solche Wertschätzung, die dieses Opfer rechtfertigen könnte. Nach der einmütigen Auffassung der Professoren sei Lessing nach seinem unakademischen Verhalten und seiner ungeheuerlichen Verhöhnung der eigenen Hochschule nicht mehr würdig, Mitglied ihres Lehrkörpers zu sein. Der Minister wird ersucht, Lessing sofort zur Abgabe seiner Vorlesungsbefugnisse zu veranlassen, sonst könnte die Schließung der Hochschule nicht mehr vermieden werden. Die Verantwortung hierfür würde aber nicht den Lehrkörper der Hochschule treffen.

Das Bürgervorsteherkollegium der Stadt Hannover hat mit 35 gegen 29 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten einen Antrag angenommen, der Magistrat möge Maßnahmen ergreifen, um den durch die Abwanderung von 1000 Studenten der Stadt drohenden wirtschaftlichen und kulturellen Schaden abzuwenden.

Wie Charlottenburg, Danzig, Braunschweig, Tübingen und andere Hochschulen, haben auch die Studierenden der Technischen Hochschule in Karlsruhe sich mit den Hannoveranern einig erklärt.

Verbindlichkeitserklärungen von Schiedsrichtern bei der Reichsbahn sind rechtsgültig

Leipzig, 10. Juni. In dem Streit zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahngewerkschaften über die Arbeitsbedingungen der Reichsbahnarbeiter war anfangs dieses Jahr ein Schiedspruch gefällt worden, den der Reichsarbeitsminister unterm 16. Januar für verbindlich erklärte. Die Reichsbahnverwaltung focht die Rechtsgültigkeit der Verbindlichkeitserklärung an, da sie nach dem Reichsbahnakt nicht zulässig sei. Das Reichsgericht hat nun aber

Die Seele des deutschen Feldherrn war durch das lange Warten weit hinten in Luxemburg und die qualenden Zweifel über den Ausgang der Schlacht mehr und mehr zermüht worden. Spärliche Nachrichten der Armeen und einzelne zufällig mitgehörte Funkmeldungen, die ohne inneren Zusammenhang kein klares Bild der wirklichen Lage an der Front geben konnten, hatten die an sich schon trübe Gemütsstimmung des Generalobersten v. Moltke noch verdüstert. So nur konnte der zufällig aufgenommene Funkpruch des Kavalleriekorps Richtigkeiten über eine vorübergehende Schwankung der Lage am Petit Morin am Morgen des 8. September in der durch die Ungewissheit erregten Phantasie des Generalobersten trotz der kurz zuvor eingegangenen zuverlässigen Meldung der 1. Armee von der bevorstehenden Wendung der Lage am Durcq die falsche Vorstellung eines bereits gegliederten feindlichen Durchbruches zwischen der 1. und 2. Armee hervorgerufen. Ohne Kenntnis der Gesamtlage entsandte Generaloberst v. Moltke am 8. September den Oberstleutnant Hentsch mit einem von diesem anscheinend als „Bollwerk“ angesehenen Auftrag zur 1. Armee, wonach diese, wenn ihr Rückzug nötig werde, in die Linie Soissons—Fismes zurückgehen solle, um den Anschluß an die 2. Armee wieder zu gewinnen. Tatsächlich war, als der Generalstabchef diese Weisung erteilte, die Krisis an der Durcq-Front bereits überwunden, die Gefahr in der Lücke zwischen beiden Armeen aber noch gar nicht brennend. Der dem Oberstleutnant Hentsch erteilte Auftrag ist zudem schwer in Einklang zu bringen mit der klaren und bestimmten Weisung, die der Oberste Kriegsherr am Abend zuvor dem Generalobersten v. Moltke erteilt hatte: „Angreifen, solange es geht — unter keinen Umständen einen Schritt zurück.“

Das Unbegreifliche wurde Ereignis: Das Bestreben wurde aus dem unter blutigen Opfern errungenen Sieg durch den Mund des Vertreters in dem Augenblick zurückgerufen, als es im Begriff stand, die Früchte der vorangegangenen Kämpfe zu ernten.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 10. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde zunächst das Kapitel 67, Landestheater, behandelt. Abg. Frau Rist (Z.) tabelte die Aufführung eines Stücks wie „Der frühliche Weinberg“. Das Zentrum würde, wenn vom Landestheater Moral und Sittlichkeit nicht besser beachtet würde, nicht mehr in der Lage sein, die Verantwortung für die Landestheater mitzutragen. Abg. Dr. Wider bedauerte, daß das Stück nach dem ersten Einspruch nicht zurückgezogen worden sei. Der Landtag trage die Verantwortung für die Kunst- und Kulturpflege der beiden Landestheater. Abg. Heymann (Soz.) und Abg. Brönnle (Komm.) traten für die Freiheit in der Kunst ein. Abg. Scheef (Dem.) meint, in den Angriffen habe Heuchelei und Parteipolitik mitgespielt.

Kultminister Bazille erklärt, der Kultminister trage die Verantwortung für die Landestheater, er könne aber nicht bestimmen, welche Stücke aufgeführt werden, da kein richtiger Generalintendant sich eine solche Einmischung gefallen lassen werde. Beim „Frühlichen Weinberg“ habe der Minister nichts verstanden. Leider entsetze der falsche Eindruck, als stütze und schütze der Staat die aufgeführten Stücke. Das Stück wurde von Anfang an gelüzt und später nur noch vor geschlossenen Vereinigungen gegeben. Zur Aufklärung sei es allerdings nicht geeignet und der Intendant werde sich darnach richten. Wenn man ihm für seine Leistungen den Dank ausspreche, so werde dem wohl auch das Zentrum und die rechte Seite des Hauses zustimmen.

Weiterhin wurden dann Abstimmungen zu den Kapiteln Lehrerbildungsanstalten und Volksschulen nachgeholt und dabei die Ausschussträger angenommen, welche bezwecken die Entlastung der Bezirksschulaufseher, die Verbesserung der räumlichen Unterbringung der Bezirksschulämter, die Ver-

gestern entschieden, daß die Verbindlichkeitserklärung mit dem Reichsbahngesetz und der Gesellschaftsordnung der Reichsbahn nicht im Widerspruch stehe.

Tätlichkeiten eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten

Breslau, 10. Juni. Als der Gemeindevorsteher des ober-schlesischen Dorfs Bichowik es ablehnte, den Gemeindevorsteher für die Ankündigung einer kommunistischen Kundgebung für die Fürstenenteignung zur Verfügung zu stellen, schlug ihm der kommunistische Reichstagsabg. Jadaſch mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Jadaſch wurde auch gegen einen herbeigerufenen Landjäger tätlich. Erst als noch ein weiterer Landjäger hinzukam, gelang es, den halbbohnmächtigen Gemeindevorsteher aus den Händen Jadaſchs zu befreien.

Ein Parlamentsauschuß für die Einheitsflagge

Berlin, 10. Juni. Nach dem B.T. wird an Stelle des seinerzeit vorgeschlagenen Ausschusses zur Regelung der Einheitsflagge ein parlamentarischer Ausschuß gebildet, dem das gesamte Material zugeleitet werden soll. Die Mitwirkung interessierter Vereinigungen, sowie die der Heraldiker soll in der Weise sichergestellt werden, daß die in Frage kommenden Persönlichkeiten als Sachverständige zu den Verhandlungen zugezogen werden können.

Kanzelpredigten gegen den Volksentscheid

Augsburg, 10. Juni. Ueber den Aufruf der deutschen Bischöfe gegen die Abstimmung beim Volksentscheid hinausgehend, beauftragte der Bischof von Augsburg, Dr. Maximilian v. Lingg, die Geistlichen seiner Diözese, von der Kanzel herab gegen den Volksentscheid zu predigen.

Zwischenfall beim Völkerbund

Genf, 10. Juni. Während die ungarische Abordnung beim Völkerbund in ihrem Zimmer im Völkerbundsgebäude bei einer Beratung saß, drang ein ungarischer Flüchtling namens Jusch in das Zimmer ein und verlegte dem Ministerpräsidenten Graf Bethlen eine Ohrfeige. Jusch wurde sofort verhaftet.

Die rumänische Agrarpartei gegen Averescu

Bukarest, 10. Juni. Die Agrarpartei hat ihre Abgeordneten angefordert, sofort ihre Mandate niederzulegen, weil die neue Regierung Averescus die Wahlen in Bessarabien durch Gewaltmittel beeinflusst habe.

mehrung der Zahl der plänmäßigen Stellen, der Einstellung von Junglehrern als Schulpraktikanten und die Minderung der Unterrichtsverpflichtung, ferner die Umwandlung der noch bestehenden Sonntagschulen in wertigere Fortbildungsschulen. Angenommen wurde beim Kap. Sonstiger Aufwand für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein Antrag Dr. Hölscher (B.P.), dem Deutschen Auslandsinstitut für 1926 und 1927 je 50 000 Mark einmalig zu bewilligen. Beim Kap. 66 (Landesamt für Denkmalpflege) traten die Abgg. von Hieber (Dem.) und Dr. Schermann (Z.) für die Erhaltung des Bldes „Madonna von Siuppach“ ein. Sie verlangten, daß das Bild nach Stuttgart transportiert werde, aber im Besitz der Gemeinde bleibe, die es auch wieder erhalten müsse. Der Landtag habe die Pflicht, in dieser Hinsicht die Bestrebungen des Kultministeriums und des bischöflichen Ordinariats zu unterstützen.

Württemberg

Stuttgart, 10. Juni. Schulbesichtigung des Finanzausschusses. Der Finanzausschuß des Landtags besichtigte gestern im Beisein des Finanzministers, des Präsidenten Dr. D. v. Bälz, der Ministerialräte Dr. Köppler und Frey die Gewerbeschulen in der Weimar- und der Poststraße, die weibliche Gewerbeschule in der Zellerstraße, die Frauenarbeitschule in der Falkenstr. die Honnenau-Gewerbeschule und die Akademie der bildenden Künste, wobei die Direktoren der betreffenden Anstalten die Führung übernahmen.

Förderung des Luftverkehrs. Auf Grund der Anforderungen im dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan wird sich auch Württemberg an der Deutschen Luftkammer AG. in Berlin anteilmäßig beteiligen. Die Luftverkehr AG. in Stuttgart wird im Zusammenhang mit dem Erwerb des Ansehens der Böckinger Werft ihr Aktienkapital von 750 000 auf eine Million Mark erhöhen, infolgedessen die Staatsbeteiligung von 200 000 auf 265 000 Mark erhöht werden wird.

Die Straßenbahn wird wieder einmal ihre Fahrpreise erhöhen. Man sollte meinen, sie wären schon hoch genug, denn nirgends fährt man so teuer wie in Stuttgart.

Verurteilter Spion. Der 27jährige Kaufmann Alfons Gräbert von Tübingen, der früher bei der Schutzpolizei war, ist wegen bezahlten Verrats militärischer Geheimnisse an französische Spione zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Augustinus-Verein. Die Landesgruppe Württemberg des Augustinus-Vereins, einer Organisation der katholischen Presse, hielt am letzten Sonntag unter Vorsitz von Regierungsrat Bögele die erste Landesversammlung ab. Minister Bolz, Minister Beyerle und Abg. Andre erstatteten dabei Bericht. Die Haltung der Partei in der Frage der Fürstenenteignung fand volle Billigung. Zum ersten Vorsitzenden wurde Regierungsrat Bögele wiedergewählt, zu seinem Stellvertreter Direktor Wulchner-Wangen. Prälat Konrad Kummel, Chorfriede des Kath. Sonntagblattes, wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Missionswerk. Die Missionsvereinigung kath. Frauen und Jungfrauen in Deutschland, die vor allem die Mission in China, Japan und Südafrika sowie die heimatische Diaspora unterstützt, hatte im letzten Jahr eine Bareinnahme von 190 885 M. zu verzeichnen, wobei die Diözese Rottenburg mit 5187 M. beteiligt ist.

Cannstatt, 10. Juni. Das Straßenbaunglück bei Eßlingen. Bei dem Straßenbau Eßlingen-Netlingen brach in der Nacht des 16. Oktober eine Grube ein, wodurch zwei Arbeiter den Tod fanden. Das Große Schöffengericht verurteilte den Diplomingenieur Adolf Klein, der am Bau als Bauführer tätig war, wegen Fahrlässigkeit zu

400 M. Geldstrafe; er habe nicht rechtzeitig für genügendes Abpfeifen der Erdwand gesorgt. Der Bauleiter, Oberbaurat Clement und der Unternehmer Mack-Eßlingen, wurden freigesprochen.

Aus dem Lande

Hohenheim, 10. Juni. An der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim sind im laufenden Sommerhalbjahr 382 Studierende, darunter 4 weibliche, eingeschrieben. Hieron sind 129 Württemberger. Unter den 253 Nichtwürttembergern befinden sich 223 Reichsangehörige, davon aus Baden 68, Bayern 27, Hessen 18, Preußen 83, Sachsen 11. 5 sind Deutschösterreicher, 12 Auslandsdeutsche, 13 Ausländer. Außerdem nehmen 17 Gasthörer, darunter 4 weibliche, am Unterricht teil.

Großholzkwar, 10. Juni. Autounfall. An dem Auto des Kaufmanns Henninger plakte auf der Fahrt nach Winnenden ein Reifen. Es überschlug sich und Henninger, der unter das Auto zu liegen kam, erlitt einen Rippenbruch, seine mitfahrende Tochter einen Schlüsselbeinbruch.

Reutlingen, 10. Juni. Viederfest. Nächsten Sonntag findet hier ein Wiederfest des Uhlendanzes im Schwäb. Sängertum statt, das mit Freizeugungen im einfachen und gehobenen Volksgefang sowie im einfachen und erhabenen Kunstgefang verbunden ist. Es beteiligen sich daran 33 Vereine, während 12 weitere Gesangsvereine außer dem Wettbewerb stehen und das Fest mit Sonderleistungen verschönern wollen. Die hochgeschätzte Kammerfängerin Olga Blomé-Stuttgart hat ihre Mitwirkung bei Einzelgefangen zugesagt.

Von der bayer. Grenze, 10. Juni. Geföpfst. — Ertrunken. Im Kinderstahl in Gundelfingen war der 13 Jahre alte Jögling Christian Deeg beim Futter schneiden beihilflich und wollte unter der Maschine den Klee wegräumen. Dabei wurde er vom Messer erfasst, das ihm wie ein Fallbeil den Kopf mitten durchschnitt. Er stammte von herumziehenden Leuten aus Rippenberg, wurde vor mehreren Jahren auf der Strafe aufgelesen und dem Kinderstahl in Gundelfingen überwiesen. — Am Sonntag vormittag verunglückte bei der Offinger Verkehrsbrücke der in Wassersportkreisen bekannte 27 J. a. Hans Rau von Augsburg mit dem Badedösel. Er fand in der hochgehenden Donau den Tod, während sein Begleiter gerettet werden konnte.

Aus Stadt und Land

Ragold, 11. Juni 1926.

Die Welt ist so leer, wenn man nur Berge, Flüsse und Städte darin denkt; aber hier und da jemand zu wissen, der mit uns übereinstimmt, mit dem wir auch stillschweigend fortleben, das macht uns dieses Erdenrund erst zu einem bewohnten Garten. Goethe.

Diensta Nachrichten.

Der Herr Staatspräsident hat eine Beiratsstelle an der kath. Volksschule in Altdorf O. A. Horb dem Hauptlehrer Graf in Neßbach O. A. Rünzelsau übertragen.

Vom Rathaus.

Gemeinderatsitzung vom 9. Juni 1926.

Mitteilungen. Für 158 Rmtr. Beigeholz-Nadelholz aus Distrikt Galgenberg und Mittlerbergle wurden 2316 M 70 S, durchschnittlich für 1 Rmtr. 14 M 65 S. Verkauf wird genehmigt.

Vergabung von Arbeiten und Lieferungen. 1. Die Lieferung des städt. Kohlenbedarfs mit etwa 1300 Ztr. wird zu den offerierten Juni-preisen je 10 To. Brechholz II. Kornung für 440 M, Anthrazitkohle II. Kornung I. Qualität 593 M und Ruhr-Eisenerz 330 M an die Kohlenhändler Berg & Schmid, diesem zur Hälfte weil er im Vorjahr nichts lieferte, Schuon und Schittenhelm vergeben.

2. Die Anbringung einer Wandtäfelung in der Kanzlei des Stadtbauamts ist dem Christian Schüle, Schreinermeister, zu 85 M 58 S, die Lieferung von 3,09 qm Wandplättchen der Firma Pflumm & Kemmler in Tübingen zu 15 M pro qm und die Anbringung der Wandplättchen der Fa. Gebr. Wohlleber zu 11 M pro qm übertragen worden.

3. Die Erneuerung des Verfärbungsstrichs der Fenster im früheren „Röhle“ wurde dem Malermeister Walz zum Preis von 80 S pro qm zugewiesen, ein noch etwas billigeres Offert konnte nicht berücksichtigt werden, weil das Offert nicht bedingungslos war.

4. Die Lieferung der Wasserleitungsrohre zu der geplanten Erweiterung des städt. Wasserwerks erhielt die Fa. Schiller, Cannstatt, zu einem Angebotspreis von 17226 M 48 S. Das nächsthöhere Angebot einer hiesigen Firma betrug 18087 M.

5. Die Pläne für das städt. Fluß-, Luft- und Sonnenbad hat das Stadtbauamt vorgelegt. Sie befriedigen durchaus und werden anerkannt. Die Sammlung der hiesigen Vereine ist zwar noch nicht durchgeführt; sie wollen aber alles daransetzen, um die übernommenen Pflichten so rasch als möglich zu erfüllen. Für eine Zeichnung von je 4 M wird ein Jahresabonnement gewährt; Kinder die Hälfte. Bedauert wurde der geringe Beitrag der Ortskrankenkasse, der zu dem noch mit Bedingungen beschwert ist. Da die Anstalt nunmehr so rasch als möglich fertiggestellt werden soll, werden die Arbeiten sofort vergeben. Auf Grund der eingereichten Angebote erhalten die Grab-Betonier- und Maurerarbeiten Gottlob Harr, Steinhauermeister, hier, zu 1195 M 50 S, die Zimmerarbeiten Friedrich Frey, Zimmermeister, hier, zu 2618 M 50 S, die Schreinerarbeiten Christian Schüle, Schreinermeister, um 618 M. Der Gesamtaufwand ist zu 5300 M veranschlagt, ohne den Wert der aus dem städt. Vorrat entnommenen Ziegel.

Landwirtschaftliche Winterschule. Die für die landwirtschaftliche Winterschule im II. Stock der Präparandenanstalt vorgesehenen Räume müssen gründlich in Stand gesetzt, auf Verlangen der Zentralstelle für die Landwirtschaft ein weiteres Lehrmittelzimmer durch eine besondere Wand vom Saal II abgetrennt werden; auch muß die Beleuchtungsanlage verbessert und ein Aufbewahrungsraum für Fahrräder geschaffen werden. Die Kosten belaufen sich auf 2200 M, wozu die Amtskörperschaft einen Beitrag von 500 M in Aussicht nimmt. Der Vertrag über die unentgeltliche Ueberlassung der Räume an die Amtskörperschaft wird auf die Dauer von zunächst 3 Jahren abgeschlossen.

Raffestunden bei der Stadtpflege. In letzter Zeit ist bei der Stadtpflege der vorgeschriebene unvermehrte Raffesturz mit völliger Nachrechnung vorgenommen worden. Das Ergebnis wird vorgetragen und gibt keinen Anlaß zur Beanstandung. Da die Stadtpflege neben den Raffestunden auch noch andere Geschäfte zu befragen hat, erweist es sich als notwendig und

zweckmäßig, die beschränkten. Ausrücker dringend Räder Seilbremsen, nicht durch B übernommen.

Sonstiges Entzignung der Stadt wieder in. Im Bezirk I f. reter Stadtpflege Stellvertreter Barz, Nr. 90. Das Grundstück den auf die D. — Rudolf C. weg 122 in brücke einen B. Feldweg 122, aufweist, abgro Stadtbauamt. Der Orts in Ragold bitte und einer Wer ebenso der Bel schinen Nach von je 50 M. en, daß bei de gemeinen in L den und daß e zurückgestellt w

Im Ansch treter von Han hörden und der Parteien zusam lierenden, das s im allgemeinen war einmütig seinen wirtschaft ohne schmerzt nicht aufgehobe Oberamt Nag Regierung ern tröhdem einstim Parteien, die b baupläne weite für die Staats einwohner und lasten mit Sich des Würt. Be Entwicklung der rung tragen, g len und ideell Schäden letzten ind. Gegeben derer Nachdruc

Es ist mü Teilnahme au dies noch nicht nachmittags be ihre Sonderzug leicht frühzeitig ten sogenannte zuges bis kurz ausgestellt. D ausgestellten S und zwar von geschlossen ist mit den in S und der herkl jebermann besti vergnügten, ge freudig zu ergre

Begen der weite der Vorsp Besucher des le weitere Flöten- kommen sollen.

Tagung Am nächst sische Landesfir der Beratungen firmationsstern und die Einfüh

Wiltberg, tag wird der a rige Pesse Erw Weil es ein m

In d wurde am 9. Birschwirt in G geb. Lenz das Juni 1926 vere 1926 an der G

(SS 1426—143 Den 9. J

GuBs

2022

Schm

Vifitenka

zweckmäßig, die Kaffengeschäfte auf die Vormittagsstunden zu beschränken. Dem wird zugestimmt.

Ausrüstung der Beckerlinie. Die Beckerlinie benötigt dringend Räder und Seiler mit Karabinerhaken, sowie einige Selbstbremsen, Mannschafthelme und Karabinerhaken. Was nicht durch Beiträge gedeckt wird, wird auf die Stadtkasse übernommen.

Sonstiges. Zur Abstimmung über den Volksentscheid zur Enteignung des Fürstentums am 20. Juni ds. Js. wird die Stadt wieder in die bekannten zwei Abstimmungsbezirke eingeteilt. Im Bezirk I ist Wahlvorsteher Stadtschultheiß Maier, Stellvertreter Stadtpfleger Lenz, in Distrikt II Oberlehrer Gümther, Stellvertreter Obersekretär Schuster. — Um die städt. Dreiecksfläche, Barz. Nr. 90, am Unterweg bewerkstelligt mehrere Liebhaber. Das Grundstück soll im öffentl. Aufsteig an den Meistbietenden auf die Dauer von zunächst 5 Jahren verpachtet werden. — Rudolf Graf, Sägmwerksbesitzer hier, will vom städt. Feldweg 122 im Glockenrain abweigend zu seiner Privat Magoldbrücke einen Privatweg bauen und zu diesem Zweck den städt. Feldweg 122, soweit er unregelmäßige Seigungsverhältnisse aufweist, abgraben. Unter den besonderen Bedingungen des Stadtbauamts wird dem Gesuch entsprochen.

Der Ortsausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege in Nagold bittet zur Durchführung der Reichsjugendwettkämpfe und einer Werberanstellung um einen Beitrag von 100 M., ebenso der Beloklub Nagold zur Beschaffung von 6 Saalmaschinen. Nach eingehender Debatte wird schließlich ein Beitrag von je 50 M. gewährt. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß bei der gespannten Finanzlage Vereinsbeiträge im allgemeinen im Laufe eines Rechnungsjahrs nicht verwilligt werden und daß eingehende Gesuche künftig bis zur Staatsberatung zurückgestellt werden.

Oberämteraufteilung.

Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung fanden sich Vertreter von Handel und Gewerbe, der Landwirtschaft, der Behörden und der Kirchen, sowie Vertreter sämtlicher politischer Parteien zusammen, um gegen die in Stadt und Land zirkulierenden, das Land beunruhigenden Oberämteraufteilungspläne im allgemeinen Stellung zu nehmen. Die Versammlung ist zwar einmütig davon überzeugt, daß der Bezirk Nagold bei seinen wirtschaftlichen, geographischen und Verkehrs-Verhältnissen ohne schwerste Schädigung der Interessen der Bezirkseinschwohner nicht aufgehoben werden kann und sie weiß auch, daß das Oberamt Nagold in den bisherigen Abbau-Plänen, die die Regierung ernstlich erwog, nicht enthalten war; sie warnt aber trotzdem einmütig und mit ausdrücklich Zustimmung aller Parteien, die die Öffentlichkeit beunruhigenden, unerlösten Abbaupläne weiter zu verfolgen, die keinen Pfennig Ersparnis für die Staatskasse, nur Wehraufwendungen für die Bezirkseinschwohner und Erhöhung statt Minderung der Amtschadenslasten mit Sicherheit bringen werden und die den Eigenheiten des Bürtl. Volkes und der geschichtlichen und traditionellen Entwicklung der Bürtl. Verwaltungsgemeinschaft nicht Rechnung tragen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen, kulturellen und ideellen Schädigungen der Landoberramtsstädte, deren Schäden letzten Endes auch die Schäden der Bezirksgemeinden sind. Gegebenenfalls wird diesem ersten Protest noch besonderer Nachdruck verliehen werden.

*

Zur Schramberger Fahrt.

Es ist wünschenswert, daß Vereine und Gesellschaften ihre Teilnahme an der Sonderzugfahrt nach Schramberg, soweit dies noch nicht geschehen ist, bis spätestens Samstag bis 5 Uhr nachmittags bei der nächstgelegenen Bahnhstation anmelden und ihre Sonderzugsfahrtkarten, deren Preis M. 3.10 beträgt, möglichst frühzeitig in Empfang nehmen. Selbstverständlich erhalten sogenannte Nachzügler bei den Haltestationen des Sonderzuges bis kurz vor Abgang des Zuges ebenfalls Fahrtkarten ausgehändigt. Der Sonderzug kann nur mit besonders hierzu ausgestellten Sonderzugsfahrtkarten benutzt werden und zwar von jedermann, gleichgültig ob er einem Verein angeschlossen ist oder nicht. Der billige Fahrpreis, verbunden mit den in Schramberg in Aussicht stehenden Darbietungen und der herrlichen Lage Schrambergs an und für sich sollte jedermann bestimmen, die günstige Gelegenheit, sich einen vergnüglichen, genussreichen und billigen Sonntag zu bereiten, freudig zu ergreifen.

Vorspielabend.

Wegen der Schwär. Bühnen findet diesmal ausnahmsweise der Vorspielabend im Seminarfaal heute Freitag statt. Die Besucher des letzten Abends in der Kirche hören sicherlich gerne weitere Flöten-Duette, die mit und ohne Klavier zum Vortrag kommen sollen.

Tagung des Evang. Landeskirchentags.

Am nächsten Montag, nachmittags 3 Uhr, tritt der Evangelische Landeskirchentag für einige Tage zusammen. Gegenstände der Beratungen bilden im wesentlichen die Festsetzung des Konfirmationsstermins, einige Fragen der Feier des hl. Abendmahls und die Einführung eines abgeänderten Spruch- und Liederbuchs.

*

Wildberg, 10. Juni. Verschunden. Seit gestern Mittag wird der auf Besuch bei Fortwart Hörner weilende jährige Neffe Erwin Schuster von Buch bei Illertissen vermißt. Weil es ein munteres und zutrauliches Kind war und oft mit

Vorübergehenden gegangen ist, glaubte man, es sei mit einem Nachbar auf Feld gegangen. Da der Knabe aber nirgends mehr gesehen wurde, und er abends nicht heimkam, wurde durch die Feuerwehr und den Turnverein die ganze Gegend abgesucht, doch umsonst. Auch eifriges Suchen in und an der Magold blieb bis jetzt ohne Erfolg. Den Pflegeeltern und der Mutter des Kindes, die zur Zeit zur Erholung hier ist, wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Aus aller Welt

Freiherr von Wangenheim t. Der Führer der deutschen Landwirte, Freiherr von Wangenheim, ist an den Folgen des Unfalls, der ihm vor einigen Tagen auf seinem Gut Klein-Spiegel zustieß, gestorben. Wangenheim stand im 77. Lebensjahr.

Wegen des Bernkasteler Winzerkravalls sind 29 Winzer aus Graach, Zeltingen und Liesenich wegen Landfriedensbruchs und Vernichtung von Urkunden angeklagt. Die Verhandlung findet am 15. Juni vor dem Großen Schöffengericht in Trier statt.

Sechs Fremdenlegionäre zum Tod verurteilt. Das französische Militärgericht in Syrien hat sechs Fremdenlegionäre, darunter vier Deutsche, einen Engländer und einen Amerikaner, zum Tod verurteilt. Die Leute waren wegen des harten Dienstes geflohen, von Eingeborenen an der Grenze von Transjordanien abgefangen und den Franzosen ausgeliefert worden.

Andreas Hofer ein „Italiener“! Der Sandwirt Andreas Hofer stammt, wie jedes Kind weiß, aus dem Wirtshaus Am Sand zu St. Leonhard im Passeiertal. Von Meran aus kann man auf herrlichen Wegen dorthin pilgern. Daß er von tirolischen Eltern stammt und nur Tiroler oder Deutsche überhaupt unter seinen Vorfahren hatte, ist wissenschaftlich erhärtet und nachgewiesen worden. Wider besseres Wissen mag es aber ein italienischer Senator, Andreas Hofer zum „Italiener“ zu stempeln. Der betreffende Senator führte (laut „Alpenzeitung“) jüngst in einer Senatsrede aus: „Die Geschichte Tirols hat durch vier Jahrhunderte die Kämpfe mit den Bayern zu verzeichnen und Andreas Hofer ist das Sinnbild eines deutschfeindlichen Helden. Er stammt aus jenem Meraner Geschlecht, das für die italienische Kultur gewonnen wurde und die ein Jahrhundert österreichischer Herrschaft auszulöschen suchte, die aber eine italienische Politik der Festigkeit und der Gerechtigkeit wieder erwecken wird, ohne dabei auf die von Oesterreich an der italienischen Nationalität und von Deutschland an der polnischen Nation versuchte blutige Ausmerzungen zu greifen.“ Die dummdreiste Geschichtsfälschung des faschistischen Senators bedarf keiner Widerlegung. Was Andreas Hofer von der „lateinischen Kultur“ hielt, das haben die Franzosen von Hofer erfahren müssen. Und die Italiener hätten es wohl ebenso erfahren müssen, wenn es damals schon ein Italien gegeben hätte.

Letzte Nachrichten

Drsfreigen im Berliner Stadtparlament.

Berlin, 11. Juni. Bei der Abstimmung über die über das Kapitel „Wohlfahrtspflege“ eingebrachten Anträge kam es, wie die Morgenblätter melden, in der Stadtverordnetenversammlung zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Klose und dem Kommunisten Hädicke, der darin gipfelte, daß Hädicke Klose angeblich wegen des Ausdrucks „Lawenjunge“ tätlich angriff und ins Gesicht schlug. Der Vorsitzende sah sich gezwungen, die Sitzung für kurze Zeit zu vertagen.

Gegen schwarz-weiß-rot

Berlin, 11. Juni. Wie die Morgenblätter melden, nahm der sächsische Landtag gestern einen linkssozialistischen Antrag, der das Hissen schwarz-weiß-roter Fahnen auf den Stadtgebäuden verbietet, mit 47 gegen 43 Stimmen an.

Beileid des Reichspräsidenten zum Tode des Freiherrn v. Wangenheim

Berlin, 11. Juni. Der Reichspräsident hat den Hinterbliebenen des Kammerherrn Freiherr von Wangenheim in herzlichen Worten sein Beileid ausgesprochen.

Feng-Yu-Siang in Berlin.

Berlin, 11. Juni. General Feng-Yu-Siang, der Gegner von Wupeifu und Tchangsholin ist, wie das Berliner Tagblatt meldet, aus Moskau in Berlin eingetroffen.

Abreise Chamberlains und Paul Boncour nach Paris

Genf, 11. Juni. Der englische Außenminister Chamberlain sowie der Vertreter Frankreichs im Völkerverbundrat, Paul Boncour, haben gestern abend um 10 Uhr Genf verlassen und sind nach Paris abgereist.

Politisches Attentat im Pariser Justizpalast.

Berlin, 11. Juni. Die „D. N. Z.“ meldet aus Paris: Der Pariser Justizpalast ist gestern in den Nachmittagsstunden der Schauplatz eines politischen Attentats geworden. Zur Verhandlung stand ein Zusammenstoß, der sich vor einiger Zeit zwischen nationalistischen und kommunistischen georgischen Studenten ereignete und demzufolge mehrere nationalistische Studenten unter Anklage der Gewalttätigkeit standen. Als die nationalistischen Studenten den Sitzungsfaal verließen, gab ein Mann auf den Direktor der Zeitung „Georgia Nouvelle“, der als Zeuge zugunsten der nationalistischen Studenten Aussagen gemacht hatte, mehrere Revolverschläge ab. Der Direktor wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht, wo sein Ableben befürchtet wird. Der Täter ist ein Georgier.

Portugals Parlament aufgelöst.

Berlin, 11. Juni. Wie die „Boissche Zeitung“ aus Lissabon meldet, beschloß der Ministerrat offiziell den Kongreß sowie alle ständigen und nichtständigen Parlamentskommissionen aufzulösen. Alle Rechte und Privilegien der Kongreßmitglieder sind erloschen.

Zaghlul Pascha Kammerpräsident.

Berlin, 11. Juni. Wie die Morgenblätter aus Kairo melden, wählte das neue ägyptische Parlament, das am Donnerstag mittag von König Fuat eröffnet wurde, mit großer Mehrheit Zaghlul Pascha zum Kammerpräsidenten.

Handel und Volkswirtschaft

Erneuerung des lateinischen Münzbundes? Da die Stützung des belgischen Franken durch eine neue amerikanische oder englische Anleihe nicht rasch erscheint, weil sie neue Steuererhöhungen oder Fehlbeträge im Staatshaushalt bedingen würde, so soll in der Regierung erwogen werden, eine Erneuerung des lateinischen Münzbundes vorzuschlagen, zu dem sich Belgien und Frankreich und vielleicht auch das gleichfalls turstranke Italien vereinigen würden. (Der belgische Franken hat gegenwärtig einen Wert von 12,5 und die italienische Lira von 15,5 Pfennig.)

Die Schulden Serbien-Südslawien an England betragen: Kriegsschulden 31 Millionen, Unterstützungsdarlehen nach dem Krieg 2,53 Millionen Pf. St.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen — die streitenden Bergarbeiter nicht eingerechnet — betrug am 30. Mai 1.614.200; sie hat gegenüber der Vorwoche um 16.721 zugenommen.

Eisenerz in der Schweiz. Im Eristal (Kanton Argau) sind nach der „Zürcher Post“ Eisenerzlager mit einer Mächtigkeit von 2,4—2,8 Meter gefunden worden. Die Ausbeute ergäbe bei einem Eisengehalt von 27—37 v. H. mindestens 7,5 Millionen Tonnen reines Roheisen, genügend, um die Schweiz auf 75 Jahre mit Eisen vollständig zu versorgen. Die Verhüttung dürfte Schwierigkeiten machen, da die Schweiz keine Kohlenlager hat. Der seitherigen Untersuchungsgeellschaft ist die Ausbeute bis 1931 verlängert worden.

Die Württ. Eisenbahngesellschaft verteilt eine Dividende von 3 v. H. auf 4 Millionen Aktienkapital. Der Reingewinn beträgt 128.786 M. (im Vorjahr 167.595 M.). Die Zahl der beförderter Personen hat im Jahr 1925 um 63 v. H. gegenüber dem Vorjahr zugenommen, doch stieg der Verkehr gegen Ende des Jahres. Im Jahr 1926 sind Personen- und Güterverkehr weiter zurückgegangen.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 10. Juni. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeföhrt: 2 Ochsen, 13 Bullen, 47 Jungbullen, 61 Jungriinder, 17 Kühe, 459 Rälber, 531 Schweine und 1 Schaf, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: langsam. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig:

Ochsen: ausgemästete Tiere	—	Rälber: feinste Mast- u. beste Saughälber	71—73
vollfleischige Tiere	—	mittlere Mast- und gute Saughälber	64—70
fleischige Tiere	—	geringe Rälber	56—62
gering genährte Tiere	—	Schafe: Mastlamm u. Häng-Sammel	—
Bullen: ausgemästete Tiere	48—50	Weidmastschafe geschlachtet mit Kopf	80—84
vollfleischige Tiere	41—45	vollfleischiges Schafschaf geschlachtet mit Kopf	—
fleischige Tiere	—	Schweine: über 240 Pfund: von 200—240 Pfund	75—76
gering genährte Tiere	—	dto. von 160—200 Pfund	74—75
Jungriinder: ausgem. Rinder	52—56	dto. fleisch u. 120—180 Pfund	71—73
vollfleischige Rinder	44—50	Sauen	—
fleischige Rinder	39—43		
gering genährte Rinder	—		
Kühe: ausgemästete Kühe	32—44		
vollfleischige Kühe	19—30		
fleischige Kühe	14—17		
gering genährte Kühe	—		

Mannheimer Schlachtviehmarkt, 10. Juni. Zugeföhrt und für 50 Kg. Lebendgewicht gehandelt wurden: 111 Rälber 60—75, 11 Schafe, 138 Schweine 74—82. Marktverkauf: Mit Rälbern und Schweinen langsam, geräumt. Ab nächste Woche findet wieder jeden Donnerstag Ferkelmarkt statt.

Wetter für Samstag und Sonntag

Die Wetterlage wird andauernd von westlichen Depressionen beeinflusst. Für Samstag und Sonntag ist nur zeitweise aufheiterndes, im übrigen bedecktes und auch zeitweilig regnerisches Wetter zu erwarten.

Amtsgericht Nagold.
In das Güterrechtsregister
wurde am 9. Juni 1926 eingetragen: Karl Reichert, Tischwirt in Rohrdorf und seine Ehefrau Karoline, geb. Lenz daselbst haben durch Ehevertrag vom 7. Juni 1926 vereinbart: In der Ehe soll vom 7. Juni 1926 an der Güterstand der

Gütertrennung
(§§ 1426—1431 BGB.) gelten.
Den 9. Juni 1926. 2006

Nagold.
la Friedrichstaler
Gußstahl-Sensen
2022 empfiehlt
Schmiedmstr. Breuning.
Bistitenkarten fertigt G. W. Jaiser.

Nagold.
Samstag, den 12. Juni
abends 8 Uhr
findet im **Gasthaus zur „Rose“** eine

öffentl. Versammlung
statt. 2013

T h e m a :
Volksentscheid
Referent:
Landtagsabgeordneter Schneid-Stuttgart.
Nur andauerndes Inserieren
— bringt Erfolg! —

Ucker
43 Nr. mit Weizen, Gerste und Kartoffeln im Schrotzen zu verpacken oder zu verkaufen.
Karoline Gauß Ww.
2023 Insel.
Wegen Erkrankung meines Mädchens suche ich auf 15. Juni oder 1. Juli ein ehrliches, fleißiges und braves Mädchen
welches womöglich schon gebildet hat, bei gutem Lohn.
Frau Ernst Koch
Möbelfabrik Nagold.

Ata
Henkel's Scheuermittel
das ist das Rechte!

Vernichtet
werden Küchenkäfer wie Ruffen Schwaben, Ameisen usw. samt Brut mit Ahligs „Sicherol“ Dose 75 J.
Zu haben in Nagold Apotheke Th. Schmid.

Wohnzimmer
tadellos erhalten, bestehend aus Buffet, Schreibtisch, Auszugstisch, 6 Sesseln, Divan billig zu verkaufen.
Näheres bei der Gesch. Stelle des Blattes.

